

Orangenrevolution in der Provinz?

Bei Massenprotesten in Baschkirien wurde der Rücktritt des Republikpräsidenten gefordert

„Georgien, Ukraine, Kirgisien – nächste Station Baschkirien“, lautete der programmatische Titel einer Pressekonferenz der baschkirischen Opposition Anfang April in Moskau. Sie war das Vorspiel für die zwei Tage später anberaumte Protestaktion im Zentrum der russischen Hauptstadt: Mit einer Chartermaschine flog die Opposition rund 200 Aktivisten aus Baschkirien – einer autonomen Republik am Südfuß des Urals – ein, um auf dem Lubjanka-Platz vor dem Totalitarismus-Mahnmal zu demonstrieren.



Fotos: Christian Weisflog

Christian Weisflog

„Baschkirien – ein politischer Gulag“, „Baschkirien – ohne Rachimow“, „Moskau – erhöre uns“ lauteten die Losungen. Sie seien hierher gekommen, um auf ihre Situation aufmerksam zu machen und um zu zeigen, dass die Oppo-

sition in Baschkirien organisiert und keineswegs extremistisch ist, erklärte Ramil Bignow, Vorsitzender des Koordinationsrats der vereinigten Opposition Baschkiriens. Vor allem aber ging es um die Übergabe eines von über 100 000 Bürgern unterschriebenen Briefes an Präsident Putin, in dem die Opposition den Rücktritt des Republikpräsidenten Murtasa Rachimow fordert.

„Das Volk hat die jetzigen Machthaber satt. Wir wollen, dass der Kreml Maßnahmen trifft“, betonte Bignow. Obwohl die Opposition in der baschkirischen Hauptstadt Ufa bereits drei Demonstrationen mit mehreren Tausend Teilnehmern organisierte, ist sie bisher auf taube Ohren gestoßen.

Die Opposition – in der alle politischen Parteien außer der Putin-Partei „Einiges Russland“ sowie rund 30 zivilgesellschaftliche Organisationen vereint sind –, ist entschlossen, die Demonstrationen weiter zu führen, bis die Behörden Verhandlungen aufnehmen. „Es gehen immer mehr auf die Straßen – im Februar waren es 8 000, im März 20 000“, sagt Ajrat Dilmuchametow, Führer der Baschkirischen Nationalbewegung. Ab 1. Mai will sie vor dem Verwaltungsgebäude in Ufa nach ukrainischem Vorbild



eine Zeltstadt errichten und ununterbrochen protestieren.

„Wir wollen, dass alles im gesetzlichen Rahmen abläuft, aber wenn es keine politische Lösung gibt, kann es auch außer diesen Rahmen geraten“, meinte Bignow. „Wir haben bereits einen Plan, wie wir zur Macht gelangen“, erklärte Dilmuchametow.

Die Proteste haben mehrere Ursachen. Im Vordergrund steht das autoritäre Regime von Präsident Rachimow, der seit 1994 an der Macht ist. Die Republik und somit der Präsident kontrolliert die Aktienmehrheiten der wichtigsten Förderbetriebe, Raffinerien und petrochemischen Fabriken. Diese werden von Ural Rachimow, dem Sohn des Präsidenten, als Vorstandsvorsitzender geführt.

„Baschkirien ohne die Rachimows“ – hat sich dieser Demonstrant (l.) auf die Brust geschrieben. Die Briefe an Präsident Putin werden in einem Pappkarton gesammelt (o.).

Lange Zeit hütete Murtasa Rachimow den Ölkomplex als unabhängige Finanzquelle wie seinen Augapfel und ließ keine Investitionen von außen zu. Als er bei den Wahlen 2003 jedoch in Rücklage geriet, arrangierte er sich mit dem Kreml und gab Teile der Ölindustrie aus der Hand. Rachimow gewann die Wahlen in der zweiten Runde, zu der sein härtester Gegner – ein Kreml-Kandidat – nicht mehr antrat.

Der Eindruck einer Klanwirtschaft verknüpft mit den harten Sozialreformen der Zentralregierung sorgt für weiteren sozialen Konfliktstoff. Genauso

wie das Ende März von Rachimow anberaumte Referendum, das ihm erlaubt, die Bürgermeister weiterhin zu ernennen, statt wie von der Opposition vorgeschlagen in Volkswahlen zu ermitteln.

Auch ethnische Spannungen schwingen mit: Die Baschkiren waren lange Zeit nach den Russen und Tataren nur die drittgrößte Volksgruppe. Um dies zu ändern, wurden Tataren einfach als Baschkiren registriert. Die Opposition fordert unter anderem die Anerkennung des Tatarischen als Amtssprache.

Über all dem schweben schließlich die Ereignisse in der baschkirischen Stadt Blagoweschtschensk, in der die Polizei im letzten Dezember Massenverhaftungen vornahm, bei denen es zu schweren Misshandlungen gekommen sein soll. Die Vorfälle seien eine politische Zeitbombe, die in alle Richtungen missbraucht werden könne, meint der Analyst Nikolaj Petrow. Der Kreml hat bereits seinen Mann in die Region entsandt, der sich der Sache annehmen soll: Salawat Karimow, der sich als Staatsanwalt bereits den Oligarchen Chodorkowskij, Beresowskij oder Gussinskij angenommen hatte.

Obwohl Rachimow auch dem Kreml ein Dorn im Auge ist, wird dieser wohl kaum auf die Forderungen der Opposition eingehen. „Der Kreml zeigt sich nicht gerne reaktiv“, meint Petrow. Ein schwacher Diktator, dem man vielleicht noch weitere Teile des Ölkomplexes abpressen kann, scheint Moskau als Verhandlungspartner lieber zu sein als eine Handvoll Demokraten. Der Konflikt dürfte sich daher weiter zuspitzen.

Herzlich Willkommen bei C&A!

30.04.2005 ERÖFFNUNG

Family Shopping Center Mega Khimki

Microregion Ikea Building 2 · Moscow Region Khimki

Schon über 900 Mal in Europa – jetzt endlich auch in Moskau: C&A – Preiswerte Mode für die ganze Familie!

Große Auswahl

Günstige Preise

Große Eröffnungsfeier am Samstag, den 30. April
Ab 16 Uhr Live-Musik mit „Hi-Fi“!

Guter Tausch: Am 30. April und 1. Mai geben Sie uns ein altes Kleidungsstück – wir geben Ihnen Rabatt auf einen Artikel, den Sie stattdessen neu bei C&A kaufen!

Feiern Sie mit – wir freuen uns auf Sie!



Preise gut, alles gut.